



RIGG-Infos

Von den Runden Tischen
für die Runden Tische

Ausgabe 32 April 2018

Inhalt:

Vorwort	1
Informationen aus den Regionalen Runden Tischen	2
Sonstige Informationen und Veranstaltungshinweise	5
Informationen von der Landes- ebene	9
Anlagen	10

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe finden Sie wie gewohnt Informationen der Regionalen Runden Tische und anderer regionaler Organisationen zu kommenden oder vergangenen Veranstaltungen, Fachtagungen oder zu guten Beispielen aus der Praxis.

Recht umfangreich ist in dieser Ausgabe auch der Part der Informationen und Veranstaltungsankündigungen, die nicht unmittelbar von Regionalen Runden Tischen gekommen sind, sondern

von der überregionalen Ebene, z.B. Informationen vom Fachreferat oder von bundesweit tätigen Organisationen.

Damit die Informationen aus den RIGG-Infos breit gestreut werden, darf ich Sie wie immer dazu ermuntern, den Infobrief an die Mitglieder Ihrer (regionalen) Gremien weiterzuleiten.

Beate Stoff

Herausgegeben und visdp von

Büro Plan B
Dipl.-Päd. Beate Stoff
Am Obstgarten 43
54317 Osburg

Fon 06500-913104
Fax 06500-913106
Buer0-PlanB@gmx.net

RIGG - das Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen - wurde im Oktober 2000 aufgrund eines einstimmigen Landtagsbeschlusses vom August 1999 eingerichtet und engagiert sich seitdem bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Die Umsetzung des RIGG gliedert sich in zwei Phasen: die Modellphase vom Juni 2000 bis Oktober 2003 und die jetzige Umsetzungsphase, in der seit November 2003 die Ergebnisse der Modellphase umgesetzt und das Hilfesystem für betroffene Frauen und ihre Kinder ständig weiterentwickelt werden.

Die Koordination erfolgt durch das Referat "Gewaltprävention, Frauen in besonderen Lebenssituationen" beim Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz.

Zum RIGG gehören der Landesweite Runde Tisch (LRT), mehrere thematische Fachgruppen (überregional und interdisziplinär besetzt) sowie derzeit 22 Regionale Runde Tische (RRT). Ein Schaubild zur Struktur von RIGG können Sie auf der RIGG-Homepage einsehen.

Informationen aus den Regionalen Runden Tischen

RRT Ahrweiler

Die nächste Sitzung des RRT Ahrweiler findet am Donnerstag, den 19. April 2018 um 15 Uhr in der Kreisverwaltung Ahrweiler statt.

Zum Schwerpunktthema „Menschenhandel und Zwangsprostitution“ referiert Greta Tünkler, Beraterin bei SOLWODI Deutschland e.V., Koblenz. Sie erläutert, mit welchen Methoden und Versprechungen die Frauen nach Deutschland gelockt werden, und was dann mit ihnen hier geschieht. Weiterhin stellt sie die Ziele und Maßnahmen der sozialpädagogischen Betreuung von SOLWODI für die Opfer des Menschenhandels dar und zeigt die besonderen Herausforderungen auf, mit denen sich die Beraterinnen bei ihrer Arbeit konfrontiert sehen. In diesem Zusammenhang wird auch das Prostituiertenschutzgesetz vorgestellt sowie seine Umsetzung im Kreis Ahrweiler.

RRT Bad Kreuznach

Rückblick: Fachtag des RRT Bad Kreuznach sehr gut besucht!

„Stress- und Traumasensibilität in der Arbeit mit geflüchteten Frauen – Anregungen für das eigene Berufsfeld“ lautete der Titel des Fachtages, zu dem der Regionale Runde Tisch Bad Kreuznach am Donnerstag, 25. Januar 2018, ins Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Bad Kreuznach eingeladen hatte.

Finanzielle Unterstützung erhielt die Veranstaltung von den Gleichstellungsstellen Bad Kreuznach und Ingelheim sowie dem Frauen- und dem Innenministerium.

Der Fachtag wurde in Kooperation mit MedicaMondiale durch das Frauenhaus und die Gleichstellungsstelle Bad Kreuznach organisiert. MedicaMondiale e.V., eine deutsche Frauenrechtsorganisation mit Sitz in Köln, unterstützt weltweit Hilfsprojekte für Frauen und Mädchen, die von sexualisierter Kriegsgewalt betroffen sind. Gegründet wurde der Verein 1993 von Monica Hauser, die für ihren Einsatz mehrfach ausgezeichnet wurde.

Daniela Halfmann und Yvonne Sartor, Referentinnen im Auftrag von MedicaMondiale, stellten den stress- und traumasensiblen Arbeitsansatz (STA) von MedicaMondiale vor. Dieser fokussiert

auf einen differenzierten und stärkenden Umgang mit der Traumathematik und versucht, Ursachen und Folgen von Gewalt und Trauma nicht zu individualisieren, sondern zu kontextualisieren. Ein Trauma ist ein Angriff auf das (Über-)leben, zerstört soziale Beziehungen und schränkt Menschen in ihrer Möglichkeit der sozialpolitischen Teilhabe und Mitgestaltung ein.

Der Schwerpunkt am Vormittag lag auf der Vermittlung von theoretischen Inhalten rund um das Thema Trauma, am Nachmittag war ausreichend Gelegenheit zum Austausch untereinander.

Fünfzig Menschen folgten der Einladung. Die TeilnehmerInnen kamen überwiegend aus den Landkreisen Bad Kreuznach und Ingelheim, aber auch aus Trier oder Kusel. Das Spektrum der vertretenen Institutionen war sehr breit.

Der theoretische Input sowie das praktische Training tragen zur Stärkung von Gewaltbetroffenen und zur eigenen Selbstfürsorge bei.

MedicaMondiale bietet Fortbildungen zum STA in verschiedenen Formaten an. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.medicamondiale.org/, E-Mail: pkeller@medicamondiale.org, Tel. 0221-93189843.

RRT Cochem-Zell

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises "Gewalt in engen sozialen Beziehungen im Landkreis Cochem-Zell" findet am 4. Mai 2018 statt. Unter anderem wird Frau Grundmann, SkF Koblenz, die psycho-soziale Prozessbegleitung vorstellen.

RRT Eifel

Die nächste Sitzung des RRT Eifel findet am 29. Mai 2018 von 14.00 bis 16.30 Uhr in der Kreisverwaltung in Bitburg statt. Auf der Tagesordnung stehen die Themen „Statistik 2017/ Teil 2: Entwicklung der Fallzahlen von GesB bei den verschiedenen beteiligten Institutionen im Jahr 2017“ und „RIGG-Struktur: Zusammenhänge und aktueller Stand“.

One Billion Rising in Bitburg

Rund 100 Teilnehmende waren der Einladung zur Aktion „ONE BILLION RISING“ am 14. Februar 2018 nach Bitburg gefolgt. Die Aktion wurde organisiert von den Gleichstellungsbeauftragten Beate Tömmes, Stadt Bitburg und Marita Singh Eifelkreis in Zusammenarbeit mit MuKi-Tanzstudio Miranda Goebels, ADTV Tanzcenter Bitburg und der Schwangerenberatungsstelle Donum vitae. Zwei Presseberichte zur Veranstaltung sind in der Anlage abgedruckt.

AK Gewalt gegen Frauen und Kinder RRT Mainz und Mainz-Bingen

Von A wie Alte Frauen und Partnergewalt **bis Z** wie Zusammenarbeit mit der Polizei reichte die Themenpalette des AK Gewalt an Frauen und Kindern/ RRT Mainz und Mainz-Bingen im vergangenen Jahr. Sechsmal traf sich das Plenum im Jahr 2017 im Rathaus. Neben dem fachlichen Austausch und der kollegialen Begleitung beschäftigte sich das Gremium dabei mit (Kooperations-)Projekten seiner Mitgliedsorganisationen und mit den Schwerpunktthemen seiner Untergruppen. Details hierzu sind nun nachzulesen im **Arbeitsbericht 2017**, der auch als Download bereitsteht: http://www.mainz.de/medien/internet/-downloads/AK_Gewalt_Arbeitsbericht_2017.pdf.

Die **Fachgruppe Gesundheit** wird bei ihrem nächsten Treffen eine erste Bilanz zum Start des Modellprojekts Soforthilfe nach Vergewaltigung ziehen und das Thema der diesjährigen Veranstaltung zum 25. November festlegen.

Die **Untergruppe Sexualisierte Übergriffe unter Kindern in der KITA** hat im April eine Fortbildung mit Prof. Filzinger zu kultursensibler Pädagogik beim Umgang mit kindlicher Sexualität in der KITA organisiert.

Im Nachgang zu der Fachtagung Genitalverstümmelung diskutiert die **Untergruppe Flucht**, welche Initiativen zu dem Thema sich vor Ort entwickeln lassen. Die Dokumentation der Fachtagung ist fertig gestellt und in der redaktionellen Endbearbeitung.

Um **rassismuskritischen Sprachgebrauch** geht es in einer Fortbildung, die der AK Gewalt Ende Mai für seine Mitglieder anbietet.

RRT Mayen MY FORUM gGESB

Infostand des Mayener Forum gGesB

Am 26. Mai 2018 findet von 10.30 bis 13 Uhr am alten Rathaus auf dem Markplatz in Mayen der Infostand des Mayener Forum gGesB statt. Mitglieder des Forums machen in T-Shirts mit dem Aufdruck „Wir sind unschlagbar“ aufmerksam auf die Homepage www.mayener-forum-gegen-gewalt.de und sensibilisieren mit Informationsmaterialien wie Postkarten zur Webseite, Broschüren "Hilfe bei Beziehungsgewalt" und kleinen Hilfskärtchen mit Telefonnummern die Öffentlichkeit für das Thema häusliche Gewalt. Musikalische Unterstützung erhält der Infostand vom Duo LaRiMa. Darüber hinaus werden Trillerpfeifen verteilt, die der Weiße Ring zur Verfügung stellt.

RRT Trier

Der Frauennotruf Trier lädt Fachkolleg*innen ein zum Workshop „Beratung „light“ - Kommunikation ohne Barriere“

Informationen sollen verständlich sein – für alle. Doch das ist leider nicht immer der Fall. Oft erschweren komplizierte Satzgebilde das Verstehen. Leichte Sprache, eine Varietät der deutschen Sprache, hilft Informationen besser aufzubereiten und den Lesern diese besser zu verstehen. Im Workshop „Einführung in die Leichte Sprache“ lernen die Teilnehmer*innen die Leichte Sprache und ihre Regeln kennen und üben sich im praktischen Teil an Texten aus dem Alltag. Leichte Sprache hilft sprachliche Barrieren abzubauen und nützt vielen Menschen, zum Beispiel Sprachanfängern, ungeübten Lesern, alten Menschen und Menschen mit einer Lernbeeinträchtigung. Im Workshop erlernen Sie die Grundlagen für das Schreiben von Texten in Leichter Sprache. Referentinnen sind Katrin Weiland und/oder Nadja Quirein vom Kompetenz-Zentrum Leichte Sprache in Westerburg (www.leicht-sprechen.de).

Der Workshop findet am 15. Mai 2018 von 8:30 bis 15:30 Uhr im Frauennotruf Trier (Ostallee 27, 54290 Trier) statt, die Teilnahmegebühr beträgt 40 €. Anmeldung per eMail an info@frauennotruf.trier.de oder telefonisch unter 0651- 49777

Broschüre „Stress und Trauma“ in leichter Sprache

Das Frauenhaus Trier freut sich, eine psychoedukative Broschüre in leichter Sprache zum Thema „Stress und Trauma“ vorzustellen.

Im Rahmen der traumasensiblen Beratungsarbeit im Frauenhaus war die Idee entstanden, Expert*innenwissen zur Aufklärung und Selbsthilfe an Klient*innen des Hilfesystems weiterzugeben. Inhaltlich wird auf die Zusammenarbeit von Körper und Geist, automatische Notfallreaktionen und Konsequenzen in der Verarbeitung von Erinnerungen eingegangen. Stress- und Traumasymptome werden erklärt und betont, dass nicht jeder Notfall ein Trauma zur Folge hat. Den Abschluss bildet ein anregender Übungsteil.

Die Informationsbroschüre soll als psychoedukative Maßnahme Menschen zur Verfügung gestellt werden, deren Leben aufgrund beunruhigender Ereignisse aus den Fugen geraten ist. Es beruhigt zu erkennen, dass man ganz normal auf unnormale Ereignisse reagiert hat. Dies ist ein wichtiger Schritt im Prozess der Stabilisierung.



Die Barrierefreiheit durch Leichte Sprache war den Autorinnen besonders wichtig, denn: wenn Menschen viel verstehen, wissen sie mehr. Dann können sie besser selbst entscheiden und selbst bestimmen.

Alle Kolleg*innen sind eingeladen, die Broschüre in der Praxis gemeinsam mit Betroffenen zu nutzen und/ oder an diese auszuhändigen.

Dabei dient die ausführliche Darstellung der Zusammenhänge als Überblick und es steht allen frei, im Gespräch oder bei der persönlichen Auslieferung das individuell Wesentliche hervorzuheben.

Den fachlichen Hintergrund der Broschüre liefern der kollegiale Austausch im Frauenhaus-Team

und das Erklärungsmodell von „Denker und Häschen“ des Instituts Berlin, welches sich in der Beratungspraxis mit den Frauenhausbewohnerinnen bewährt hat. Idee und Aufbau stammen von Jutta Kap, die Texte wurden vom Kompetenzzentrum Leichte Sprache in Westerbург in leichte Sprache übersetzt. Die Prüflerlesegruppe der Lebenshilfe Altenkirchen hat den Text geprüft.

Gefördert wurde das Projekt vom Förderverein Frauenhaus Trier e.V. und dem Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz. Die Broschüre kann für 7,50 € per Mail an mitarbeiterinnen@frauenhaus-trier.de bestellt werden.

Kinderfest in Trier

Das Frauenhaus Trier und der Kinderschutzbund Trier veranstalten am 2. Juni 2018 ab 12.00 Uhr ein Fest auf dem Kornmarkt. Das Motto für diesen Tag lautet: „Der Kornmarkt mal anders, Frauen und Kinder vor“! Es gibt Spiel- Bastel- und Malangebote, Tanz sowie den Auftritt zweier Clowninnen, die das Thema Kinder- und Frauenrechte spielerisch darstellen werden. Zusätzlich wird ein Glücksrad Kindern und Erwachsenen die Möglichkeit bieten, Preise zu gewinnen. Alle sind herzlich eingeladen!

RRT Rhein-Westerwald

Der Regionale Runde Tisch Rhein-Westerwald hat sich in seiner Februar-Sitzung folgende Themen für 2018 vorgenommen:

Einführung von High Risk und erste Erfahrungen in den zugehörigen Polizei-Dienststellen des RRT, Bedeutung der Istanbul-Konvention für die regionale Ebene und Zusammenarbeit mit Verfahrenspflegern.

Hierzu werden in den kommenden Sitzungen entsprechende Fachreferent/innen einladen. In Sachen Istanbul-Konvention ist eine Unterarbeitsgruppe beauftragt, das Thema aufzubereiten.

Am 21. November 2018 findet die diesjährige Fachtagung des RRT zum Thema "Gewalt - alles eine Frage der Einschätzung?" mit der Trainerin für Interkulturelle Kompetenz Sandra de Vries statt.

Sonstige Informationen und Veranstaltungshinweise

Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung - Modellprojekt startet in Rheinland-Pfalz

Frau M. wird nach einer Betriebsfeier von einem Kollegen, der ihr angeboten hatte, sie nach Hause zu fahren, vergewaltigt. Sie ist traumatisiert, gedemütigt und völlig verwirrt. Sie schämt sich und hat den Eindruck des völligen Kontrollverlustes über sich selbst und ihren Körper. Sie hat körperliche Verletzungen, diffuse Schmerzen und Angst. Sie möchte sich waschen, ihre Schmerzen einordnen. Sie will auf keinen Fall jetzt Anzeige erstatten.

Sie braucht medizinische Versorgung, um zu wissen, ob sie krank oder verletzt ist und ob sie Medikamente einnehmen sollte. Sie braucht ein erstes kurzes Krisengespräch zur Ordnung und Klärung der Situation, das Gefühl von äußerer und innerer Sicherheit, und sie muss die Kontrolle über sich und ihren Körper zurückgewinnen. Sie muss wissen, wo sie zeitnah eine spezialisierte Beratungsstelle finden kann.

Wo kann sie das finden, ohne Angst haben zu müssen, zu einer Anzeige gedrängt zu werden?

„Viele erwarten von vergewaltigten Frauen, dass diese schnell Anzeige erstatten. Unsere Erfahrung jedoch zeigt: Frauen und Mädchen, die akut Opfer einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung geworden sind, brauchen zuerst eine umfassende medizinische und psychosoziale Versorgung“, weiß Anette Diehl vom Frauennotruf Mainz. „Darüber hinaus – und erst im zweiten Schritt – sollte die Möglichkeit einer vertraulichen bzw. verfahrensunabhängigen Spurensicherung, die später gerichtsverwertbar ist, angeboten werden“, fügt ihre Kollegin Vanessa Kuschel an.

In Hessen und Baden-Württemberg gibt es dieses Angebot der Soforthilfe nach einer Vergewaltigung bereits. In Rheinland-Pfalz sollen nun Mainz und Worms Projektstandorte des neuen rheinland-pfälzischen Modellprojekts „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“ werden. Hauptsächlich wird das Vorhaben vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz finanziert. Besonders die Verbesserung der Situation von vergewaltigten Frauen und Mädchen liegt Ministerin

Spiegel am Herzen: „Das Modellprojekt schließt eine eindeutige Lücke in der Versorgung von Frauen und Mädchen, die Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind. Wir können damit Frauen in Krisensituationen deutlich besser unterstützen als bisher und mit einer umfassenden Versorgung und Beweissicherung langfristige Folgen reduzieren“, betont Ministerin Spiegel.

„Wir sind sehr froh, dass Mainz eine der beiden Modellprojekt-Städte ist und betroffene Frauen und Mädchen dank der finanziellen Unterstützung des Frauenministeriums hier ein weiteres, an ihrer Situation orientiertes Angebot bekommen“, erklärt Eva Weickart, Leiterin des Frauenbüros, für die Landeshauptstadt Mainz. Begrüßt werde auch, dass der Frauennotruf Mainz Träger des Projektes sei und damit die seit Jahrzehnten bestehende Verbindung zu den anderen, etwa im Arbeitskreis Gewalt an Frauen und Kindern Mainz engagierten, Beratungs- und Unterstützungsstellen gewährleistet werden könne. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in Form von Plakaten und Faltblättern soll den Betroffenen den Weg in die medizinische Versorgung zeigen.

Ein weiteres zentrales Anliegen ist, Ärztinnen und Ärzte Sicherheit im Umgang mit vergewaltigten Mädchen und Frauen zu vermitteln - Fortbildungen und Informationsveranstaltungen und eine bessere Vernetzung sollen dies ermöglichen. „Betroffene Frauen und Mädchen haben nach einer Vergewaltigung oft das Bedürfnis nach einer medizinischen Versorgung und auch nach einer Spurensicherung. Gleichzeitig ist die Bereitschaft, Anzeige zu erstatten, gering – manchmal kommt der Wunsch dazu erst nach Jahren. An dieser Stelle greift das Modellprojekt „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“ auch ohne Anzeige! In unserer Frauenklinik behandeln wir die betroffenen Frauen und ihre Verletzungsfolgen professionell und vor allem unabhängig davon, ob sie sofort eine Anzeige erstatten wollen oder nicht. Spuren werden gesichert, aber oberste Ziele sind die medizinische Akutversorgung und den Frauen den Weg in das unterstützende Hilfesystem zu erleichtern“, betont die Direktorin der Klinik und Poliklinik für Geburtshilfe und Frauengesundheit der Univer-

sitätsmedizin Mainz Univ.-Prof. Dr. Annette Hasenburg.

Die Frauennotrufe sind damit beauftragt, die Veränderungen in der Versorgungsstruktur gemeinsam mit den beteiligten Kliniken – Universitätsmedizin Mainz und Stadt Krankenhaus Worms – auszuarbeiten, die Fortbildungen für Ärztinnen und Ärzte zu organisieren und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Eine repräsentative Dunkelfeldstudie aus dem Jahr 2004¹ zeigt, dass 13 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen seit dem 16. Lebensjahr strafrechtlich relevante Formen sexualisierter Gewalt (Vergewaltigung, versuchte Vergewaltigung und unterschiedliche Formen von sexueller Nötigung) erlebt haben. Das ist fast jede siebte Frau.

Die meisten Vergewaltigungen werden nicht angezeigt. Polizeilich erfasst wurden in Rheinland-Pfalz im Jahr 2015 insgesamt 346 Vergewaltigungen. Die im Vorfeld genannte Studie geht von einer sehr hohen Dunkelziffer aus. Auch neuere Studien zeigen: Die größte Gruppe der Betroffenen ist direkt nach der Tat nicht in der Lage, eine Entscheidung für oder gegen eine Anzeige zu treffen. Diese Frauen und Mädchen bleiben häufig medizinisch unversorgt, weil sie befürchten, dass eine andere Person über ihren Kopf hinweg eine Anzeige erstattet. „An diese Betroffenen richtet sich die Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“, betont Dr. med. Doris Macchiella, Oberärztin der [Klinik und Poliklinik für Geburtshilfe und Frauengesundheit](#) der Universitätsmedizin Mainz. Die Expertinnen und Experten präferierten ein Modell zur Stärkung der dezentralen Struktur, das dem Projekt in Frankfurt „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“ (<http://www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de>) entspricht: Ansatz ist die Kliniken und niedergelassenen Gynäkologinnen und Gynäkologen als örtliche Anlauf- und Vernetzungsstellen zur Dokumentierung von Verletzungen und zur Spurensicherung zu beauftragen. Die Asservierung wird im Rechtsmedizinischen Institut in Mainz erfolgen.

¹Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), 2004, Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland, Kurzfassung der Untersuchung von Schröttle, Monika und Müller, Ursula, Berlin.

„Für ein mögliches späteres Strafverfahren sind eine gerichtsverwertbare Befunddokumentation und Spurensicherung von essenzieller Bedeutung. Die Rechtsmedizin übernimmt für das Modellprojekt die sichere Lagerung der Asservate und führt in den beiden beteiligten Kliniken die notwendigen fachlichen Schulungen durch“, erläutert die Leiterin des Instituts für Rechtsmedizin der Universitätsmedizin Mainz Univ.-Prof. Dr. Tanja Germerott.

TERRE DES FEMMES Erklär-Film Gleichberechtigt leben in Deutschland

Im Rahmen des Kooperationsprojekts „Bildung schafft Integration“ hat TERRE DES FEMMES gemeinsam mit der IGB CE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) den Erklär-Film „Gleichberechtigt leben in Deutschland“ produziert.

Der animierte Film informiert insbesondere geflüchtete Frauen (und Männer) über ihre Rechte und das Verbot von Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Die kultursensiblen Illustrationen, die nach intensivem Austausch mit geflüchteten Frauen entstanden sind, thematisieren Häusliche Gewalt, Zwangsheirat und andere Gewaltformen gegen Frauen. Der Erklär-Film unterstreicht besonders die Möglichkeiten des selbstbestimmten und gleichberechtigten Lebens von Frauen in Deutschland. Er soll weibliche Geflüchtete dazu ermutigen, ihre Rechte wahrzunehmen im Falle von Gewalt nicht zu schweigen und sich an Polizei und Beratungsstellen zu wenden.

Seit der erfolgreichen Premiere am 6. März 2018 im Cine Star der Kulturbrauerei in Berlin steht der Erklär-Film auf YouTube in deutscher, arabischer und englischer Sprache zum kostenlosen Download zur Verfügung. Der dreiminütige Film ist unter anderem in Beratungsstellen, Sprach- und Orientierungskursen, Flüchtlingsunterkünften, Schulen und Wartesälen (auch ohne Ton verständlich) einsetzbar.

Unter folgendem Link finden Sie den Film: https://www.youtube.com/watch?v=_Lj3yINpfYQ

Qualitätsmerkmal: Vertrauliche Beratung und Unterstützung

Frauennotrufe bieten professionelle Hilfe bei sexualisierter Gewalt

Der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe bff hat eine Pressemitteilung „Qualitätsmerkmal: Vertrauliche Beratung und Unterstützung“ verfasst, diese ist in der Anlage beigefügt. Hintergrund sind die Ereignisse in Lübeck, wo einem Mitarbeiter des Weissen Ring sexuelle Übergriffe auf ratsuchende Frauen vorgeworfen werden. Das mediale Interesse ist sehr groß. Der Skandal im Skandal ist aber aus Sicht des bff, dass der Frauennotruf Lübeck von einigen Medien beschuldigt wird, untätig geblieben zu sein und sich an Vertuschung beteiligt zu haben. Aus Sicht des bff zeigt das, „wie wenig Wissen über Aufgaben und Arbeitsprinzipien von Fachberatungsstellen in der Öffentlichkeit vorhanden ist. Um gewaltbetroffene Frauen nicht zu verunsichern, ist hier dringend Aufklärung geboten“.

LAG Frauennotrufe RLP und bff: #MeToo – Zeit, Verantwortung zu übernehmen Für ein strukturiertes Vorgehen gegen Sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz

Gemeinsam mit dem Bundesverband der Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen (bff) macht die Landesarbeitsgemeinschaft LAG der Frauennotrufe in Rheinland Pfalz deutlich: „Öffentlichkeit ist wichtig, wenn es darum geht sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu thematisieren. Immer noch werden die Gewalt und ihre Folgen verschwiegen oder bagatellisiert, werden Täter gedeckt. #MeToo schafft noch immer Aufmerksamkeit für die sexuellen Übergriffe und Gewalt, die viele Frauen erfahren. Wir als Fachverband freuen uns über diese mediale Präsenz des Themas. Das Ausmaß der Gewalt und die Machtdynamiken dahinter sind nicht neu. Aber die öffentliche Debatte darüber ist es,“ so Katja Grieger, Leiterin des bff.

Laut Studien erleben 60% aller Frauen in Deutschland sexuelle Belästigung, viele davon am Arbeitsplatz. Anette Diehl weiß aus der langjährigen Praxis: „Führungskräfte haben eine Schlüsselrolle beim Thema sexuelle Diskriminierung und Belästigung am Arbeitsplatz. Es

braucht eine klare Haltung der Unternehmensleitung hierzu. Insbesondere Vorgesetzte müssen Verantwortung übernehmen.“ Gleichzeitig braucht es eine gute Vorgehensweise, wie bei Vorfällen sexueller Belästigung gehandelt wird und ganz wichtig, so Diehl: „Die muss für alle transparent sein!“ Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schreibt zusätzlich präventive Maßnahmen und Beschwerdestellen mit geschulten Ansprechpersonen vor. Betroffene müssen wissen, wo sie professionelle Unterstützung finden.

Zurzeit gibt es viele Anfragen zu Fortbildungen im Bereich „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ an die zwölf Fachstellen zum Thema Sexualisierte Gewalt in Rheinland Pfalz. „Das freut uns, weil es zeigt, dass Verwaltungen, Betriebe, Geschäftsführungen endlich Verantwortung übernehmen wollen,“ so die Mitarbeiterinnen der Frauennotrufe.

Das Thema gehört auch auf die politische Agenda. Damit klargestellt wird, dass der Schutz vor sexueller Gewalt am Arbeitsplatz keine freiwillige Leistung, sondern Pflicht der Arbeitgeber_innen ist, und damit die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. „Das AGG muss endlich umgesetzt werden. Politische Haltung ist auch gefragt, damit das Thema sexuelle Gewalt nicht von rechts vereinnahmt und für eine rassistische Agenda genutzt wird,“ betonen die Fachfrauen.

Katja Grieger vom bff: „Wir wünschen uns, dass es ein Ergebnis der #MeToo-Debatte ist, dass möglichst Viele Verantwortung übernehmen und sich strukturiert auf den Weg machen, gegen Gewalt am Arbeitsplatz vorzugehen. Das Thema auf diese Weise anzugehen ist zwar nicht so schillernd wie die öffentliche Debatte es in Teilen ist. Aber es ist hilfreich.“

„Gemeinsam sind wir stark in Deutschland und für Ruanda“ - Frauennotruf besucht Tagung anlässlich des Weltfrauentags

Gemeinsam mit der Vorsitzenden des Landesfrauenbeirats Gisela Bill, besuchten Anette Diehl und Olina Welge vom Frauennotruf Mainz die Tagung der Frauengruppe des Vereins Ruandische Diaspora in Deutschland e.V. (RDD e.V.) anlässlich des Weltfrauentags in Mainz.

Nach der Begrüßung von Annonciata Haberer, Vorstands-Vertreterin des RDD e.V. und Frau Dr. Anna-Maria Brandstetter, Institut für Ethnologie und Afrika Studien, Johannes Gutenberg-Universität (JGU) Mainz, Beauftragte für die Kooperation zwischen der JGU und der University of Rwanda, stellte die Vorsitzende der Ruanderinnen Organisation Agnes Kaligirwadi Zielen und Stärken des Vereins vor. Gisela Bill, die auch Vorsitzende des Fördervereins des Frauennotruf Mainz e.V. ist, referierte zum Thema „Anspruch und Wirklichkeit von Frauenpolitik in Deutschland“ und warf kritisch die Frage auf: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt!“

Wie sie waren die Mitarbeiterinnen der Mainzer Fachstelle zum Thema Sexualisierte Gewalt beeindruckt von der Kraft und dem Optimismus der ruandischen Mitstreiterinnen zum Thema Gleichberechtigung von Frauen und knüpften weitere Kontakte zu Kolleginnen aus dem rheinland-pfälzischen Partnerland.

„Die Tagung fand in Deutsch und Kinyarwanda statt und auch wenn wir nicht alles verstehen konnten, war es – auch durch Tanz und Gesang, was bei uns oft gänzlich fehlt - ein wirklich gelungener und informativer Tag“, sind sich die Mitarbeiterinnen des Frauennotruf Mainz e.V. einig.



v.l.n.r.: Dr. Anna-Maria Brandstetter (Institut für Ethnologie und Afrika Studien JGU; Beauftragte für die Kooperation zwischen der JGU und der University of Rwanda), Annonciata Haberer (Vorstand RDD e.V.), Anette Diehl (Frauennotruf Mainz e.V.), Gisela Bill (Vorsitzende Landesfrauenbeirates RLP; Förderverein Frauennotruf Mainz e.V.), Claudette Birori Umulisa, First Secretary, Embassy of the Republic of Rwanda

Informationen von der Landesebene

RIGG-Homepage

Im April sind etliche neue Informationen in der Rubrik RIGG-News/ Nachrichten erschienen: Einfach mal reinschauen! Unter folgendem link können Sie sich für den Newsletter anmelden: <https://mffjiv.rlp.de/de/themen/frauen/gewalt-gegen-frauen-und-maedchen/rigg-newsletter/>.

Landesweiter Runder Tisch

Das Protokoll der Sitzung am 29. Januar 2018 ist in der Anlage beigefügt. Die im Text erwähnten Anlagen sind zum Teil schon auf der RIGG-Homepage zu finden, die übrigen Dokumente werden in Kürze zum Herunterladen eingestellt unter <https://mffjiv.rlp.de/de/themen/frauen/gewalt-gegen-frauen-und-maedchen/downloads/>.

Polizeiliche Kriminalstatistik 2017

Leichter Rückgang der registrierten Fallzahlen gegenüber 2016

Im Jahr 2017 weist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 7.623 der insgesamt 45.848 Opferdelikte als Fälle von GesB aus, das entspricht einem Rückgang von 2.578 Fällen bzw. 3,3% gegenüber dem Vorjahr.

Der Anteil der weiblichen Opfer betrug 80,6%. Tatverdächtig waren in 78,2% aller Fälle Männer. 66,2% der Opfer erfuhren Gewalt durch den Partner/ die Partnerin, bei 31,8% war es der ehemalige Partner/ die ehemalige Partnerin.

Der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen lag unverändert bei 20,4%. Zugewanderte verübten 593 der 7.623 Straftaten mit GesB-Bezug (7,8%), zwei Drittel dieser Straftaten richteten sich gegen andere Zugewanderte.

Bei den begangenen Straftaten handelt es sich zum großen Teil um so genannte Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit, es dominieren die Körperverletzungsdelikte. Anstiege bei den Fallzahlen gab es insbesondere bei den Delikten "Nachstellung (Stalking)" und "Nötigung", während es bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und den Straftaten gegen das Leben leichte Rückgänge der Fallzahlen gab.

Der vollständige Auszug aus der PKS ist in der Anlage beigefügt.

Zum Schluss

Wie immer ein herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, die Informationen zu dieser Ausgabe beigesteuert haben!

Die nächsten RIGG-Infos erscheinen Ende Juni. Der Redaktionsschluss ist am 19. Juni 2018, bis dahin bitte alle Beiträge, die veröffentlicht werden sollen, per eMail senden an Büro Plan B, Buero-PlanB@gmx.net.

Protokoll

der Sitzung des Landesweiten Runden Tisches (LRT) des Rheinland-pfälzischen Interventionsprojektes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) am 29.01.2018

Ort: Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Raum 600, Kaiser-Friedrich-Straße 5a , 55116 Mainz

Zeit: 10.00 – 13.00 Uhr

Leitung: Dr. Heike Jung, Leiterin der Abteilung „Frauen“

Protokoll: Stephanie Jost

Frau Dr. Jung eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gremiumsmitglieder und die anwesenden Gäste. Erstmals nehmen Frau Münch-Weinmann als stellvertretendes Mitglied für den Landesfrauenbeirat, Frau Dr. Staubach-Renz als stellvertretendes Mitglied für den Landesfrauenrat und Frau Schönberg für den Städtetag an einer LRT-Sitzung teil. Für die heutige Sitzung entschuldigt sind Frau Meiswinkel, Frau Bermel, Frau Noll, Frau Thompson, Frau Bewersdorf, Frau Dr. Gitzel und Herr Schwenninger.

Besonders begrüßt werden Frau Heisecke als Referentin zur TOP 1, Herr Liel als Referent zu TOP 2 sowie zu TOP 4 die Vertreterinnen der Vernetzungsstellen bei den Frauenunterstützungseinrichtungen Frau Bürger, Frau Wolf, Frau Diehl und Frau Rund.

Außerdem stellt Frau Dr. Jung Frau Rahe als neue Leiterin des Referates „Gewaltprävention, Frauen in besonderen Lebenslage“ vor.

Darüber hinaus wird Herr Proß vorgestellt, der im Referat von Frau Rahe mit der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes befasst ist.

Zum Protokoll der Sitzung am 15.05.2017 gibt es keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche.

TOP 1: Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Einleitungsvortrag

Frau Karin Heisecke, Expertin für die Istanbul-Konvention

Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Im Anschluss an den Vortrag informiert Frau Dr. Jung darüber, dass die Istanbul-Konvention das Hauptthema der diesjährigen GFMK in Bremen sein wird. Im März findet dazu ein Treffen auf der Ebene der Abteilungsleitungen statt. Dort werde über das weitere Vorgehen und auch über die Einbindung der Länder gesprochen.

Von Seiten der LRT-Mitglieder wird auf die Notwendigkeit eines guten Kommunikationsflusses, einer ausreichenden Öffentlichkeitsarbeit, der Einbindung der kommunalen Ebene sowie der Gremien und Vertretungen der Frauenunterstützungseinrichtung hingewiesen. Darüber hinaus müsse auch die Ausrichtung des LRT überdacht und über eine mögliche Erweiterung der Aufgabenstellung – z.B. im Rahmen einer neuen Fachgruppe - diskutiert werden.

Frau Dr. Jung schlägt vor die weitere Entwicklung bzw. eine Konkretisierung der Gesamthematik abzuwarten und dann über das weitere Vorgehen im LRT zu entscheiden. Der LRT erklärt sich damit einverstanden.

TOP 2: Hochrisikomanagement – Screening-Instrumente

Einleitungsvortrag

Herr Christoph Liel, Referent am Deutschen Jugendinstitut in München

Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Screening-Instrumente bzw. Einschätzungsskalen von ODARA (Ontario Domestic Assault Risk Assessment Items) und DA (Danger Assessment Scale) werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Im Anschluss an den Vortrag weist Frau Rahe auf die vom Frauen- und Innenministerium finanzierte Fortbildungsveranstaltung zum Hochrisikomanagement „Train the Trainer“ für Mitarbeiterinnen der Interventionsstellen hin.

Herr Arent berichtet, dass mittlerweile alle Polizeipräsidien mit der Thematik befasst seien und eine Weiterentwicklung bzw. ein Ausbau des Hochrisikomanagements angestrebt werde.

TOP 3: Ergebnisse der Umfrage bei den RRT zum vorherigen Schwerpunktthema „Ältere Frauen und Gewalt“

Frau Stoff stellt die Ergebnisse der Umfrage vor. Eine aktualisierte Fassung der Tischvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Zusammenstellung der Ergebnisse mit umfangreichen Anlagen wird auf die Homepage des Ministeriums gestellt.

Frau Weickart fragt an welche Konsequenzen für den LRT aus den Ergebnissen zu ziehen seien und ob eine Empfehlung des LRT daraus resultieren solle.

Frau Rahe sagt zu, dass die Hinweise aufgenommen und im Fachreferat besprochen würden.

TOP 4: Aktuelles Schwerpunktthema „Geflüchtete Frauen und Gewalt“ - Informationen von den Vernetzungsstellen

Frau Wolf berichtet für die Interventionsstellen, dass der gemeinsame Ansatz mit den Frauenhäusern fortgeführt werde. So sollen in 2018 die Fortbildungen für haupt- und ehrenamtlich Tätige in den Erstaufnahmeeinrichtungen fortgesetzt werden. Darüber hinaus soll es auch Fortbil-

dungen für Haupt- und Ehrenamtliche auf kommunaler Ebene geben. Weiterhin sei ein Schnittstellenseminar - möglicherweise unter Einbeziehung von Jugendämtern und dem Polizeibereich – angedacht. Außerdem werde die Zusammenarbeit mit dem Telefondolmetschservice „Lingatel“ weitergeführt.

Frau Bürger berichtet für die Frauenhäuser. Aufgrund der vielen neuen Themen im Bereich „Geflüchtete Frauen und Gewalt“, wie z. B. Zwangsehen, Kinderehen und Genitalverstümmelung, seien die Mitarbeiterinnen der Frauenunterstützungseinrichtungen stark belastet. Es sei deshalb angedacht für die Mitarbeiterinnen eine Fortbildung zum Thema „Stress und traumasensibler Ansatz“ anzubieten. Geplant seien drei Veranstaltungen für je 20 Teilnehmerinnen. Weiterhin hält es Frau Bürger vor dem Hintergrund der hoch komplizierten Rechtslage für dringend geboten, dass den Frauenunterstützungseinrichtungen Möglichkeiten für Rücksprachen mit der ADD und den Ausländerbehörden eingeräumt werden. Möglicherweise könne auch Herr Graßhoff (Geschäftsführer des Initiativausschusses für Migrationspolitik Rheinland-Pfalz) als Experte eingebunden werden.

Für die Frauennotrufe berichten Frau Diehl und Frau Rund. Eine Tischvorlage zu den Arbeitsinhalten der Frauennotrufe 2018 ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

TOP 3: Berichte und Informationen/Sonstiges

Informationen aus dem Ministerium des Innern und für Sport (Herr Arent)

Änderung Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG)

Mit der Änderung des rheinland-pfälzischen POG sollen in Fällen von Gewalt in engen sozialen Beziehungen Wohnungsverweise erleichtert und damit Gewalttaten leichter verhindert werden. In der entsprechenden Vorschrift wurde im Zusammenhang mit der Gefahrendefinition der Begriff „gegenwärtig“ gestrichen.

Zusammenlegung K1/K2

Nach Auswertung und Überprüfung der Ergebnisse der Evaluation von Organisationsänderungen bei der Kriminalpolizei in 2012 ist nunmehr beschlossen worden, die Zusammenlegung von K1 und K2 wieder rückgängig zu machen. Die Umsetzung ist für 2019 geplant.

Informationen aus dem Fachreferat

GesB-Fachtagung

Am 14.11.2017 fand die 13. GesB-Fachtagung zum Thema „Hochrisikomanagement“ statt. Eine weitere GesB-Fachtagung für 2018 ist geplant. Das Thema steht noch nicht fest.

Prostituiertenschutzgesetz, Sachstand Umsetzung

- Am 25. November trat in Rheinland-Pfalz die neue Rechtsverordnung zum Prostituiertenschutzgesetz in Kraft. Sie regelt die Zuständigkeiten für die landesweite Umsetzung des Gesetzes, das seit 1. Juli 2017 bundesweit gilt.
- Umgesetzt wird das Prostituiertenschutzgesetz nach der neuen Rechtsverordnung von den Landkreisen und Kreisfreien Städten.

- Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist als obere Aufsichtsbehörde für die Gesundheitsberatung und die Anmeldung der Prostituierten zuständig.
- Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion ist für das Prostitutionsgewerbe zuständig.
- Oberste Aufsichtsbehörde für die Anmeldung der Prostituierten und das Prostitutionsgewerbe ist das Frauenministerium, für die Gesundheitsberatung ist diese das Gesundheitsministerium.
- Unter der Federführung des Frauenministeriums wurde eine Arbeitsgruppe zur Begleitung der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes gebildet.

Neue Prostituiertenberatungsstelle LunaLu

Die offizielle Eröffnung der neuen Prostituiertenberatungsstelle LunaLu unter der Trägerschaft von Profamilia Ludwigshafen findet am 9. März 2018 statt. LunaLu ist neben Roxanne die zweite vom Land geförderte Beratungsstelle.

Modellprojekt „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“

Der offizielle Start des Modellprojekts „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“ an den Projektstandorten Mainz und Worms ist am 23. Februar 2018. Projektträger sind die Frauennotrufe Mainz und Worms.

Mitgliedschaft des Arbeitskreis Sucht am LRT

Zur besseren Vernetzung wird ab der nächsten Sitzung eine Vertreterin des Arbeitskreises Sucht als offizielles Mitglied am LRT teilnehmen.

Haushaltsaufstellung Doppelhaushalt 2019/20

Zurzeit läuft das Aufstellungsverfahren für den Doppelhaushalt 2019/20. Das Fachreferat hat für verschiedene Bereiche Zuwächse angemeldet (u.a. für ein zusätzliches Frauenhaus).

Broschüre

Die Broschüre „Gewalt in engen sozialen Beziehungen beenden“ ist aktualisiert bzw. überarbeitet worden.

Nächste Sitzung LRT

Die nächste Sitzung des LRT wird voraussichtlich vor der Sommerpause stattfinden. Ein Thema soll „Gewaltschutz im Zusammenhang mit Umgangs- und Sorgerecht“ sein. Dazu ist angedacht eine Familienrichterin oder einen Familienrichter einzuladen.

Auszug „Gewalt in engen sozialen Beziehungen (GesB) aus der PKS 2017

4 Darstellung einzelner Phänomene

4.1 Gewalt in engen sozialen Beziehungen (GesB)¹²¹

Entwicklung der Fälle mit Bezug zu GesB 2008 - 2017 (nur Opferdelikte)



Seit dem Berichtsjahr 2017 wird in der PKS nur noch bei den sogenannten Opferdelikten¹²² erfasst, ob das Opfer zum TV in einer engen sozialen Beziehung stand.

Im Jahr 2017 weist die PKS 7.623 der insgesamt 45.848 Opferdelikte als Fälle von GesB aus. Die Straftaten mit GesB-Bezug verzeichnen damit einen Rückgang um 257 Fälle bzw. -3,3%. Der Anteil an den Opferdelikten beträgt 16,6%.

¹²¹ Gewalt in engen sozialen Beziehungen bedeutet

- eine Handlung oder zusammenhängende, fortgesetzte und wiederholte Handlungen
- in einer ehemaligen oder gegenwärtigen ehelichen oder nicht ehelichen Lebensgemeinschaft
- oder in einer ehemaligen oder gegenwärtigen, nicht auf eine Lebensgemeinschaft angelegten sonstigen engen partnerschaftlichen Beziehung,

die eine strafrechtlich sanktionierte Verletzung der physischen oder psychischen Integrität der Partnerin oder des Partners insbesondere von Leib, Leben, körperlicher Unversehrtheit, Freiheit und sexueller Selbstbestimmung bewirkt oder zu bewirken droht.

¹²² Vgl. Kapitel 6.1, FN 173.

Entwicklung der Fallzahlen, Opfer und TV mit Bezug zu GesB (nur Opferdelikte) 2017

GesB (nur Opferdelikte)	2017			2016			Entwicklung		
	GesB	Opferdelikte insgesamt	%-Anteil	GesB	Opferdelikte insgesamt	%-Anteil	+/- GesB	+/- GesB in %	+/-%-Pkte vom Anteil
Straftaten insgesamt	7 623	45 848	16,6	7 880	45 780	17,2	-257	-3,3	-0,6
• nichtdeutsche TV	2 290	11 484	19,9	2 281	11 033	20,7	9	0,4	-0,8
• Zuwanderer	593	4 112	14,4	522	3 791	13,8	71	13,6	0,7
Opfer insgesamt	7 647	54 024	14,2	7 909	53 916	14,7	-262	-3,3	-0,5
• männlich	1 483	32 030	4,6	1 526	32 313	4,7	-43	-2,8	-0,1
• weiblich	6 164	21 994	28,0	6 383	21 603	29,5	-219	-3,4	-1,5
TV insgesamt	6 423	35 577	18,1	6 724	35 956	18,7	-301	-4,5	-0,6
• männlich	5 025	28 951	17,4	5 305	29 341	18,1	-280	-5,3	-0,7
• weiblich	1 398	6 626	21,1	1 419	6 615	21,5	-21	-1,5	-0,4
• nichtdeutsch	1 948	9 566	20,4	1 927	9 425	20,4	21	1,1	0,0
• Zuwanderer	500	3 308	15,1	454	3 236	14,0	46	10,1	1,1

Die Anzahl der Opfer sank um 262 (-3,3%) auf 7.647, ebenso die Zahl der TV um 301 (-4,5%) auf 6.423¹²³. Der Anteil der nichtdeutschen TV, die eine Straftat mit Bezug zu GesB begangen haben, an den nichtdeutschen TV insgesamt beträgt unverändert 20,4%.

Zuwanderer verübten 593 Straftaten mit Bezug zu GesB. Der Anteil der Straftaten, die sich hiervon gegen andere Zuwanderer richtete, liegt bei 66,3% (393 Fälle).

¹²³ Die Opferzählung erfolgt entgegen der TV-Zählung (sog. „echte Tatverdächtigenzählung“ vgl. Kapitel 6, FN 150) zu jedem Opfer entsprechend der Anzahl der erfassten Fälle (keine echte Opferzählung) und unabhängig davon, ob derselbe TV mehrfach gehandelt hat.

Darstellung der Deliktbereiche mit GesB (nur Opferdelikte) 2017

Deliktbereiche mit GesB (nur Opferdelikte)	2017			2016			Entwicklung zum Vorjahr		
	GesB	Opfer- delikte insge- samt	%- Anteil	GesB	Opfer- delikte insge- samt	%- Anteil	Fälle +/-	Fälle +/- in %	+/- % - Anteil
Straftaten insgesamt	7 623	45 848	16,6	7 880	45 780	17,2	-257	-3,3	-0,6
Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die per- sönliche Freiheit, davon	7 418	42 446	17,5	7 665	42 745	17,9	-247	-3,2	-0,4
Körperverletzungsdelikte, davon	5 805	30 198	19,2	6 162	30 734	20,0	-357	-5,8	-0,8
• Vorsätzliche einfache Körperverletzung	4 889	22 200	22,0	5 241	22 949	22,8	-352	-6,7	-0,8
• Gefährliche und schwere Körperverletzung	883	6 702	13,2	882	6 500	13,6	1	0,1	-0,4
Bedrohung	888	5 430	16,4	885	5 435	16,3	3	0,3	0,1
Nachstellung (Stalking) ¹²⁴	298	685	43,5	235	593	39,6	63	26,8	3,9
Nötigung	260	4 487	5,8	221	4 309	5,1	39	17,6	0,7
Straftaten gegen die sex- uelle Selbstbestim- mung¹²⁵, davon	184	2 308	8,0	187	1 918	9,7	-3	-1,6	-1,7
Vergewaltigung und sex- uelle Nötigung/Übergriffe	122	518	23,6	148	406	36,5	-26	-17,6	-12,9
Straftaten gegen das Leben, davon	21	100	21,0	28	107	26,2	-7	-25,0	-5,2
Totschlag und Tötung auf Verlangen	15	60	25,0	19	69	27,5	-4	-21,1	-2,5
Mord	6	27	22,2	9	28	32,1	-3	-33,3	-9,9
Gewaltkriminalität¹²⁶	1 104	8 797	12,5	1 108	8 381	13,2	-4	-0,4	-0,7

Trotz der insgesamt rückläufigen Fallzahl der Straftaten mit Bezug zu GesB um 257 Fälle bzw. -3,3% sind insbesondere in den Deliktbereichen der Nachstellung (Stalking) und der Nötigung Anstiege um +26,8% bzw. +17,6% zu verzeichnen. Jedoch zeigten beide Deliktbereiche im Vorjahr mit -29,4% bzw. -21,9% deutliche Rückgänge.

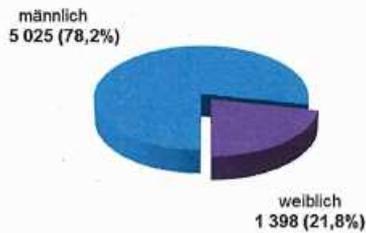
Nachdem im Jahr 2016 bei den vorsätzlichen einfachen Körperverletzungen ein Höchstwert von 5.241 Fällen erreicht war, sind hier mit 352 Fällen bzw. -6,7% im Jahr 2017 wieder rückläufige Fallzahlen festzustellen.

¹²⁴ Aufgrund von Gesetzesänderungen zur Verbesserung des Schutzes gegen Nachstellung ist eine Vergleichbarkeit der Fallzahlen 2017 zu den Vorjahren nur eingeschränkt gewährleistet.

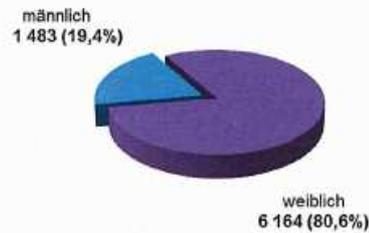
¹²⁵ Zur eingeschränkten Vergleichbarkeit der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu den Vorjahren vgl. Kapitel 2.2.

¹²⁶ Zur eingeschränkten Vergleichbarkeit der Gewaltkriminalität zu den Vorjahren vgl. Kapitel 3.1.

Verteilung der TV

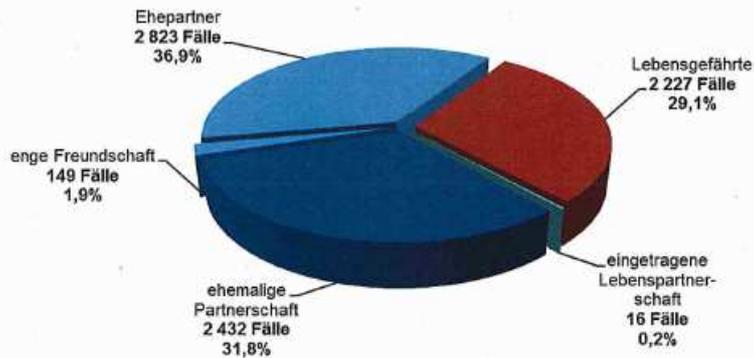


Verteilung der Opfer



3.861 bzw. 62,6% der 6.164 weiblichen Opfer und 1.051 bzw. 70,9% der 1.483 männlichen Opfer mit GesB-Bezug waren von vorsätzlichen einfachen Körperverletzungsdelikten betroffen.

Opfer-Tatverdächtigen-Beziehung (OTB)



66,2% der Opfer erlitten Gewalt durch den Partner (Ehepartner, eingetragener Lebenspartner bzw. Lebensgefährte). 2016 betrug der Anteil 67,7% (-1,5%-Pkte). Bei 31,8% der Opfer wendete der ehemalige Partner Gewalt an. Das bedeutet einen Anstieg um +1,2%-Pkte. Die verbleibenden 1,9% der Opfer waren zum Zeitpunkt der Tat mit dem Täter eng befreundet (2016: 1,7%).

FRAUEN

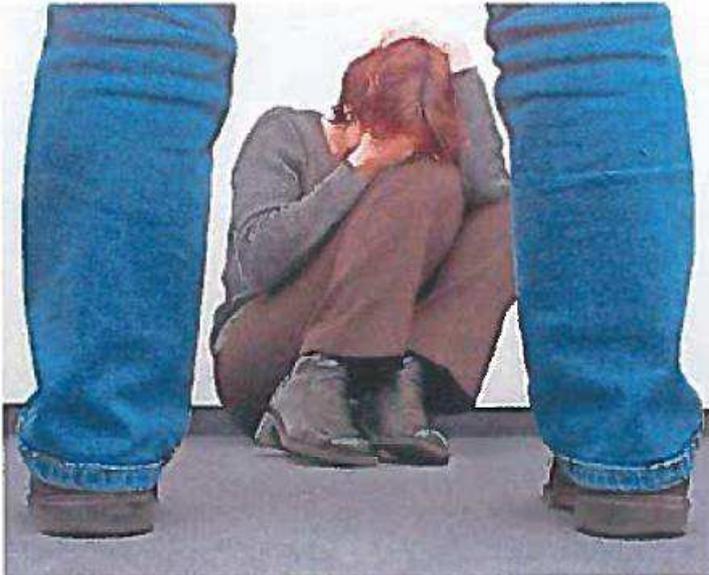
„Wichtig ist, dass nicht weggeschaut wird“

Sich freuen, tanzen, lachen: Bei der weltweiten Aktion „One billion rising“, die auch heute in Bitburg stattfindet, geht es darum, aber um eine ernste Sache. Warum die Eifeler auch in diesem Jahr dabei sind und jeder mittanzen sollte, lesen Sie hier.

BITBURG/PRÜM/DAUN Die Welt tanzt! Und die Eifel ist dabei. Heute tanzen Menschen rund um den Globus gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Nicht nur in Neuseeland und den USA, nein, auch auf dem Spittel in Bitburg.

Grund für den spontanen Menschengelauf für die gute Sache, auch „Flash-Mob“ genannt, ist der weltweite Aktionstag gegen Gewalt an Menschen weiblichen Geschlechts. Bereits in den vergangenen beiden Jahren gab es diese Aktion auf dem Spittel. Auch in diesem Jahr freuen sich die Veranstalter auf möglichst viele Mit tänzer.

Doch braucht man so etwas überhaupt in der Eifel? Und wie steht es hier um dieses Thema? Die Gleichstellungsbeauftragte des Eifelkreises Bitburg Prüm, Maria Singh, hat sich den Fragen des Eifelischen Volksfreunds gestellt.



Gewalt und Drohungen: Laut einer Studie hat das jede dritte Frau weltweit schon erlebt. SPINNE/FOTO FRICK/WWW.VETLE.R

Frau Singh, Gewalt gegen Frauen: Das Thema ist im Moment durch die „Me too“ Debatte in aller Munde. Was halten Sie davon? Erhoffen Sie sich davon nachhaltige Veränderungen?

SINGH: Ich begrüße die Debatte und finde es wichtig, dass die betroffenen Frauen den Mut aufbringen und das in der Öffentlichkeit thematisieren. Wichtig ist, dass die Frauen Hilfe erfahren und dass nicht weggeschaut wird. Sexuelle Gewalt hat ihre Wurzeln meist in ungleichen Machtverhältnissen, und das muss sich in unserer Gesellschaft ändern.

Was umfasst der Begriff Gewalt eigentlich? Gehten Sie dazu nur körperliche Übergriffe?

SINGH: Bei Gewalt denken wir oft an Schläge, blaue Flecken, aber Gewalt ist vielmehr: Es ist, etwas mit Zwang vor allem psychisch und physisch durchzusetzen. Und sexualisierte Gewalt sind alle Handlungen, die das sexuelle Selbstbestimmungsrecht des Menschen verletzen. Das kann eine anzügliche Bemerkung, ein „Gazachen“, Mobbing bis hin zu massiv körperlicher Gewalt sein.

Bei Gewalt gegen Frauen denkt

man an Indien, Ägypten oder Pakistan. Warum ist das auch ein Eifelthema? Hat es inlesbare Zahlen dazu?

SINGH: Laut einer Studie ist jede dritte Frau weltweit bereits Opfer von Gewalt gewesen. Leider sind die Zahlen aus der Eifel auch nicht anders. Wir haben sich 2001 einen Runden Tisch gegen häusliche Gewalt für die Eifel gegründet. Hier sitzen Polizei, Staatsanwaltschaft, Beratungsstellen, Frauenhaus, Jugendamt, Weisser Ring – also alle, die mit der Thematik befasst sind, an einem Tisch. Ziel ist ein besseres Hilfesystem für die Frauen, Öffentlichkeitsarbeit und ein Tabuthema zu brechen. Die betroffenen Beratungsstellen sprechen von weiter hin steigenden Fallzahlen. Betroffen sind alle gesellschaftlichen Schichten und auch nicht nur die ausländischen Frauen.

Was kann eine Frau in der Eifel tun, wenn Sie Opfer geworden ist oder sich bedroht fühlt?

SINGH: Wenn das in einer Firma auftritt: Jeder Arbeitgeber hat die Pflicht solchen Arbeitsbedingungen nachzugehen. Betroffene Frauen können sich an die Plätze wenden, an den Frauennotruf oder an die Interventionsstelle.

Was sehen Sie in der Eifel noch Lücken in der Infrastruktur?

SINGH: Die Wege in der Eifel sind sehr lang und beim Thema ÖPNV sieht es leider auch hier in der Eifel nicht so gut aus. Das nächste Frauenhaus für unsere Region ist in Trier. Aber leider ist das Frauenhaus mangelhaft belegt, das gilt allerdings für alle Frauenhäuser in Rheinland Pfalz. Daher begrüße ich die Überlegungen des Frauenministeriums, ein Frauenhaus oder

eine Frauen-Schutzwohnung in der Eifel zu planen. Wichtig für betroffene Frauen ist, dass die Interventionsstelle (Caritasverband Westeifel) zu den Frauen geht und sie berät.

Frauen auf der ganzen Welt fordern Veränderungen, wenn es um das Thema Gewalt geht. Was ist in Deutschland aus Ihrer Sicht notwendig auf gesellschaftlicher, gesetzlicher und politischer Ebene?

SINGH: Die gesellschaftliche Sicht weckt zu dem Thema muss sich verändern: Frauen müssen klar formulieren, was sie wollen und was nicht! Und Männer müssen das akzeptieren und sie dürfen ihre Macht nicht missbrauchen. Gesetzliche Veränderungen gibt es genügend: seit 2002 das Gewaltschutzgesetz, seit 2016 „Nein heißt Nein“. Seit diesem Monat tritt die Istanbul Konvention in Kraft.

One billion rising – Tanszen gegen Gewalt. Was erhoffen Sie sich von der Veranstaltung heute in Bitburg?

SINGH: Das soll die Frauen ermutigen, ihnen klar machen, dass sie nicht alleine sind. Jeder Mensch hat das Recht auf ein gewaltfreies Leben. One billion rising ist ein Akt weltweiter Solidarität. Und ich möchte das Thema immer wieder in die Öffentlichkeit bringen. Männer und Frauen sollen darüber reden. Nur so kann eine Veränderung stattfinden.

INFO

Hilfe bei Gewalt oder Bedrohung

Beratung und Unterstützung finden von häuslicher Gewalt und Stalking Betroffene bei der Polizei, beim Frauennotruf Trier: 0651/49777, bei der bundesweiten Hotline 08000/116106 und bei der Interventionsstelle Eifel Mosel des Caritasverbandes (zuständig für die Kreise Vulkaneifel, Berncastell-Witzlich und Cochem-Zell und Bitburg Prüm). Telefonsch sind die Mitarbeiterinnen in Bitburg (0656/196710), in Daun (0659/195730) und in Prüm (0655/1971030) erreichbar per E-Mail unter interventionsstelle@westeifel.de

EXTRA

Tanszen gegen Gewalt: Die Aktion

Die Aktion „One billion rising“ (englisch für „Eine Milliarde erhebt sich“) ist eine weltweite Kampagne für ein Ende der Gewalt gegen Frauen und Mädchen und für Gleichstellung, Intoleranz und für Gleichstellung. Initiiert hat sie 2012 die New Yorker Künstlerin und Feministin Eve Ensler. Getanzt wird nach dem Lied „Break the Chain“ (Zerbrich die Kette) von Tera Clark. Die „Milliarde“ im Titel steht für die statistische Aussage der UN, dass ein Drittel aller Frauen und Mädchen an ihrem Leben Opfer von Gewalt werden. So viele sollen nach dem Willen der Veranstalter auch bei der Aktion mitmachen. Erreicht wurde das Ziel noch nicht, aber auch in diesem Jahr werden Millionen Menschen in mehr 200 Ländern mitmachen. Mehr als 170 Städte in Deutschland haben ihre Teilnahme zugesagt.

Mitstanzende in Bitburg: in Bitburg beginnt die Aktion am Mittwoch, 14. Februar um 13 Uhr auf dem Spittel. Alle sind eingeladen, mitzumachen. Einzelne zeigen die Choreografie an, und dann heißt es: Einfach mittanzen! Organisiert wird das Ganze von den Gleichstellungsbeauftragten Beate Tommes und Maria Singh in Zusammenarbeit mit dem MUK Tanzstudie Miranda Goebels, dem ADTV Tanzcenter Bitburg, der Schwägerinnenberatungstelle Bönnum Vraie und dem Ggno BBW. Neben Bitburg ist auch Trier mit von der Partie. Getanzt wird heute um 17 Uhr vor der Porta Negra.

Infos zur Teilnahme und Videos zum Mittanzen: www.onebillionrising.de



Ob jedesmal wieder so viele dabei sind wie 2017? 120 ARCHIVWALDE/SONNY

Lilke Löhrertz

AKTION

Tanzen gegen Gewalt

BITBURG (utz) Schritt zur Seite, Kick nach vorne, Hände nach oben: Gar nicht so einfach, die Choreografie zum Lied „One billion rising“ auf die Reihe zu bekommen. Etwa 100 Teilnehmer, darunter auch einige wenige Männer, haben es am Mittwoch auf dem Spittel in Bitburg aber geschafft. Sie machten mit beim jährlichen Flash Mob zum 14. Februar, der sich den Kampf gegen Gewalt an Frauen weltweit auf die Fahnen geschrieben hat. Unter Anleitung wurde getanzt, anschließend sorgte eine Trommelgruppe für Aufmerksamkeit. Organisiert wurde das Ganze von den Gleichstellungsbeauftragten Beate Tömmes und Marita Singh in Zusammenarbeit mit dem MuKi Tanzstudio Miranda Goebels, dem ADTV Tanzcenter Bitburg, der Schwangerenberatungsstelle Donum Vitae und dem Euro-BBW. Weitere Fotos und ein Video finden Sie unter www.volksfreund.de





Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe | Frauen gegen Gewalt e.V.
Federal Association of Women's Counselling and Rape Crisis Centres (bff)

PRESEMITTEILUNG

Qualitätsmerkmal: Vertrauliche Beratung und Unterstützung

Frauennotrufe bieten professionelle Hilfe bei sexualisierter Gewalt

BERLIN | 22.03.2018 Derzeit findet in Lübeck eine Debatte über den Fall eines ehemaligen Mitarbeiters eines bundesweit tätigen Opferhilfevereins statt. Dieser wird beschuldigt, wiederholt sexuelle Übergriffe an hilfesuchenden Frauen begangen zu haben. Medien und Öffentlichkeit fragen, ob die mutmaßlichen Taten früher hätten aufgedeckt werden können. Der bff begrüßt diese Debatte. Denn sie trägt dazu bei, die Alltäglichkeit sexualisierter Übergriffe und die oft unzureichende Verantwortungsübernahme zu beleuchten. Gleichzeitig ist der bff sehr beunruhigt, dass dem Frauennotruf Lübeck, an den sich einige Betroffene gewendet hatten, Untätigkeit oder gar Vertuschung vorgeworfen wird. "Das zeigt, wie wenig Wissen über Aufgaben und Arbeitsprinzipien von Fachberatungsstellen in der Öffentlichkeit vorhanden ist. Um gewaltbetroffene Frauen nicht zu verunsichern, ist hier dringend Aufklärung geboten", erklärt Katja Grieger, Geschäftsführerin des bff.

Frauennotrufe beraten bundesweit seit Jahrzehnten Frauen und Mädchen, deren Angehörige und Vertrauenspersonen nach sexualisierten Gewalterfahrungen. Die professionellen Beratungen erfolgen kostenlos, vertraulich und auf Wunsch anonym. Die Mitarbeiterinnen unterliegen keiner Anzeigepflicht und sind an die Schweigepflicht gebunden. Zu Möglichkeiten der Gegenwehr im Sinne von Strafanzeigen oder formalen Beschwerden klären die Frauennotrufe die Betroffenen auf und verweisen dafür an die zuständigen Stellen. Die Entscheidungen über die nächsten Schritte treffen immer die Betroffenen selbst.

Wichtigstes Grundprinzip der Beratung ist absolute Vertraulichkeit und die Versicherung, nur mit dem Einverständnis der Betroffenen zu handeln. Im Zentrum steht die ratsuchende Frau, die auf ihrem individuellen Weg der Rückgewinnung von Selbstbestimmung und Kontrolle unterstützt und gestärkt wird. Frauennotrufe bringen ihr Fachwissen über sexualisierte Gewalt in die Öffentlichkeit ein und beraten Institutionen und Organisationen bzgl. Präventionsmaßnahmen und dazu, wie Übergriffe bearbeitet werden können. Sie dürfen aber niemals Informationen aus einzelnen vertraulichen Beratungsgesprächen in die Öffentlichkeit oder zu anderen Stellen tragen. "Wenn wir diese Verschwiegenheit nicht garantieren, vertraut uns niemand mehr", erläutert Ursula Schele, Vorstandsfrau des bff. Diese Arbeitsweise ist deshalb in Qualitätsstandards festgeschrieben.

Es ist die Aufgabe von Polizei und Justiz, im Falle von Straftaten zu ermitteln und es ist die Aufgabe von öffentlichen Organisationen, Handlungskonzepte und Beschwerdemöglichkeiten bereitzuhalten. Es ist die Aufgabe der Fachberatungsstellen an der Seite der Betroffenen zu stehen und deren Selbstbestimmung zu wahren. "Die gesellschaftliche Bekämpfung von sexualisierter Gewalt kann nur gelingen, wenn jede Organisation die Verantwortung übernimmt, die ihr zukommt" erklärt Grieger. "Auf die Professionalität der Fachberatungsstellen können die ratsuchenden Frauen sich verlassen. Die Vertraulichkeit der Beratung darf nicht in Frage gestellt werden."

Weitere Informationen/ Ansprechpartnerin: Anita Eckhardt

Petersburger Straße 94 | 10247 Berlin | t: +49(0)30 32299500 | f: +49(0)30 32299501
presse@bv-bff.de | www.frauen-gegen-gewalt.de